

# Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. — Bezugspreis freibleibend für den Monat 0,90 RM.

Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.

Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.  
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die halbschmale Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreischmale Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.

Schriftleiter: Hans Särchen, Baruth (Marb.).  
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Marb.).  
Fernsprecher Nr. 217. — Postfach: Berlin Nr. 345 40.  
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutend geringere Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 69

Sonntagabend, den 10. Juni

1933

## Unmerkungen zum Biermächte-Vertrag.

In Italien herrscht große Freude darüber, daß es Mussolini gelungen ist, den Biermächte-Vertrag aufzuheben zu bringen. Die Rede, die Mussolini über den Abschluß des Biermächtepaktes gehalten hat, ist in allen italienischen Gemeinden angeschlagen worden. Mussolini hat in seiner Rede — er hat damit wenigstens eine Ungenauigkeit des Biermächtepaktes ausgeglichen — mit aller Deutlichkeit hervorgehoben, daß die Erklärung, die am 11. Dezember 1932 in Genf über die deutsche Gleichberechtigung beschlossen wurde, tatsächliche Bedeutung gewinnen müsse. Er hat weiter erklärt, wenn man Deutschland auferlege, innerhalb eines schwer bewachten Europas ebenso entworfen zu bleiben, würde die Unternehmung seiner Gleichberechtigung wie Ironie klingen, und sein Posten als Gleicher unter Gleichen im Völkerbundsrat würde zur leeren Redensart. Mussolini hat sich sehr ausführlich und unter größter Zustimmung mit der Rede des Reichstanzlers vom 17. Mai beschäftigt.

Das sind ohne Frage erfreuliche Begleiterscheinungen der Paraphierung des Biermächtepaktes, die aber nicht verzeihen lassen können, daß die französische Presse besonderen Wert auf die Feststellung legt, daß es der französischen Diplomatie gelungen sei, dem Pakt eine Formulierung zu geben, die im Sinne Frankreichs liege und seine Forderungen voll erfülle.

### Das deutsche Presseecho.

In der ganzen deutschen Presse hat die Unterzeichnung des Biermächtepaktes ein außerordentlich lebhaftes Echo gefunden. Wenn man sich auf darüber klar ist, daß nicht alle Hoffnungen erfüllt und nicht alle Blüten träume geseht sind, daß Zugeständnisse notwendig waren, so herrscht doch erhebliche Freude über den Abschluß dieses Abkommens, das ein deutlicher Beweis der deutschen Friedensliebe ist.

Der „Börsenbeobachter“ bezeichnet den Biermächtepakt als den geschichtlich wichtigsten Vertrag seit vierzig Jahren. „Europa“, so heißt es, „kann es besonders zwei Führern danken, die den neuen organisierten Friedenswillen am energischsten vertreten haben: Mussolini und Hitler. Es waren jene, die am meisten als Militärs angegriffen wurden, und gerade sie sind als glühende Nationalisten die Verteidiger eines wahren Friedens geworden, dessen Ausbau nunmehr die große Aufgabe der kommenden Jahre ist.“ — Die „Deutsche Zeitung“ erklärt, daß die Unterzeichnung des Paktes ein großartiger Beweis für den unbedingten Friedenswillen auf deutscher Seite ist. „Die Unterzeichnung ist eine Tat, die die Worte des Reichstanzlers in seiner Reichstagsrede in eindrucksvoller Weise bekräftigt. Der Pakt nimmt Frankreich jede Möglichkeit, unter dem Schlagwort der Sicherheit ein Kriegsheer zu unterhalten, das ganz Europa in Schutt und Asche legen kann.“ — Im „Berliner Sozial-Anzeiger“ heißt es: „Die Reichsregierung hat mit der Unterzeichnung bewiesen, daß sie innerlich stärker ist als die Regierungen von Ländern, in denen Parlamente kein Verständnis für die Möglichkeit haben, die in der Zusammenarbeit mit einer starken Regierung Deutschlands gegeben sind.“ — Im „Tag“ wird anerkennend hervorgehoben, daß Artikel 2 der Neuformulierung des Völkerbundespaktes erwähnt. Weiter heißt es dann: „Allerdings sind auf Frankreichs Betreiben auch noch die Artikel 10 und 16 des Völkerbundespaktes angefügt, von denen der erste die territoriale Unverletzlichkeit, der zweite die Garantien erwähnt. Im Artikel 3 ist und das ist für uns der schwerste Mangel des Paktes, die ausdrückliche Festlegung der deutschen Gleichberechtigung fortgeblieben.“ — Die „Kreuzzeitung“ hebt vor allem die von Mussolini in seiner Senatsrede gewährte Würdigung des Reichstanzlers Hitler bei seiner Zustimmung zu dem Pakt hervor. „Tatsächlich war es eine ganz ungewöhnlich staatsmännische Würdigung, daß der feierliche Führer der deutschen nationalen Revolution, von der die Welt unabsehbar Gefahren für den Frieden befürchtete, durch den Paktabschluß das Friedensbekenntnis seiner großen Reichstagsrede so schnell und so weitgehend zur Tat machte.“ — Die „Berliner Börsen-Zeitung“ erklärt, daß der Versuch gewisser Mächte, Deutschland zu isolieren, jetzt als gescheitert anzusehen sei. — Die „Germania“ rühmt vor allem den in der Zustimmung zum Pakt hervorgerufenen deutschen Friedenswillen und die Bereitschaft zur europäischen Zusammenarbeit. Wörtlich heißt es weiter: „Die bevorstehenden Entscheidungen in der Abrüstungsfrage werden zeigen, ob Frankreich auch jetzt noch wagen wird, sich gegen eine wirkliche Abrüstung, die allein den Frieden Europas feststellt, zu sträuben.“ — Die „Post-Zeitung“ beschäftigt sich mit Ausführungen mit der Feststellung, daß der Vertrag selbst ein Kompromiß zwischen dem Willen, die Entwicklung zu fördern, und dem Wunsch, das Bestehende zu erhalten, ist. Als solches wird er überall als eine Notwendigkeit betrachtet werden.“ — „Als Hauptvorzug dieses Paktes gegenüber allen früheren“, so erklärt das „Berliner Tageblatt“, „kann es bezeichnet werden, daß er keine starren Bestimmungen zu

schaffen unternimmt, sondern im Gegenteil, von vornherein auf Beweglichkeit und weiteren Fortschritt abgestellt ist.“

### Die Welt feiert den Friedenspakt.

Die Weltpresse steht ganz unter dem Eindruck des Abschlusses des Biermächtepaktes in Rom, der von allen Seiten beleuchtet und im allgemeinen freudig begrüßt wird. Die ausländische Presse brachte Donnerstag seitenlange Berichte über das Zustandekommen des Biermächtepaktes und die große Senatsrede Mussolinis, die besondere Beachtung gefunden hat.

Am Samstag war der Jubel über diesen Pakt, der auf den von Mussolini aufgestellten Richtlinien beruht und deshalb vielfach als Mussolini-Pakt bezeichnet wird, in Italien selbst. Zwar, so meint der „Popolo d'Italia“, habe man mit dem Pakt von Rom noch nicht den Frieden selbst, wohl aber das geeignete Instrument geschaffen, ihn zu sichern und zu fördern. Rom selbst war nach der Senatsrede Mussolinis, die durch Lautsprecher auf den Hauptplätzen der Stadt übertragen worden war, von einem einzigen Freudeaumel erfüllt. Überall fanden Umzüge und Kundgebungen statt, die den Schöpfer des Biermächtepaktes feierten. Die ersten Zeitungen kamen mit der Überschrift: „Der europäische Friede unterzeichnet“ heraus. Uebereinstimmend weisen die Blätter darauf hin, daß durch den neuen Pakt Frankreich wieder in das europäische Leben eingegliedert, die französische Bevölkerung von der Belagerung, allerorts Feinde und Gefahren zu sehen, befreit, und die Vermutung über ein Bündnis Rom-Berlin zerstreut werde. Die Sicherheit, die Frankreich vergeblich in Militionen und gefährlichen Balkanbündnissen gesucht habe, könne es nur durch freundschaftliche Zusammenarbeit mit Italien, das mit Deutschland und England in Frieden lebt, finden. Weiter heißt es, daß das neue Deutschland nunmehr gleichberechtigt unter den Großmächten stehe. Das aber sei ein wesentlicher Faktor der Wiedergeburt Europas, die, wie die Geschichte lehrt, ohne das deutsche Volk nicht möglich sei.

Die französische Presse hebt vor allen Dingen nachdrücklich hervor, daß es dem Ministerpräsidenten Daladier gelungen sei, dem neuen Vertragswerk alle Gistgähne auszubrechen, die Frankreich hätten gefürchtet werden können. Sie unterstreicht die besondere Befriedigung über die zunehmende Antwort Deutschlands und erwartet auch eine Besserung der Beziehungen zwischen Italien und der Kleinen Entente. Mit Polen, das sich Frankreich gegenüber ablehnend über den Vertrag ausgesprochen hat, werden neue Verhandlungen in Aussicht gestellt. Zwischen den Zeilen der Kommentare und in den Gesprächen kommt eine gewisse Überzeugung darüber zum Ausdruck, daß Deutschland und Italien der von Frankreich gewünschten Neuformulierung zugestimmt haben.

In den englischen Zeitungen wird das Hauptgewicht auf die Tatsache gelegt, daß Deutschland den Biermächtepakt in seiner jetzigen Gestalt angenommen hat. Trotz mancher Schwächen, so heißt es, befindet der Pakt den Willen der europäischen Großmächte nach freundschaftlicher Zusammenarbeit. Die Engländer betrachten den römischen Pakt als das gemeinsame Werk Mussolinis und MacDonalds, die, jeder in seiner Art, auf die beiden anderen Partner Frankreich und Deutschland einwirken mußten, um sie zur Unterzeichnung des „Ehnenhändigen Gottesfriedens“ zu bringen.

Die polnische Presse erklärt sich mit Entschiedenheit gegen den neuen Vertrag und benutzt ihn zu einer neuen Hege gegen Deutschland. Sie bezeichnet ihn als eine papierene Kombination, die jede tatsächliche Macht entbehrt und in der Praxis undurchführbar ist. Auch Litauen begegnet dem Vertrag mit Mißtrauen.

### Die Entscheidung fällt in Paris.

Die amerikanisch-englisch-französischen Sonderberatungen.

Nach dem Abschluß des Biermächtepaktes ist der diplomatische Kampf um die Abrüstungskonferenz und um die Vorbereitung der zweiten Sitzung der Abrüstungskonferenz. An den Besprechungen am Donnerstag nahmen von französischer Seite Ministerpräsident Daladier und Außenminister Paul-Boncour, von amerikanischer Seite Norman Davis und Allen Dulles, von englischer Seite Lord Londonderry und Eden, der englische Geschäftsträger und Leiter des Völkerbundesbüros, teil.

Man bemerkt sich zwar in Paris, den Eindruck zu erwecken, als ob diese Konferenz keine besondere Bedeutung hätte und daß endgültige Beschlüsse auf dieser Besprechung nicht gefaßt werden könnten, weil man weder der Abrüstungskonferenz, noch der Weltwirtschaftskonferenz irgendeine Vorreife dürfe. In Wirklichkeit muß aber in Paris zunächst zwischen den drei Mächten und dann möglichst schnell unter Einbeziehung Deutschlands und Italiens eine Klärung darüber herbeigeführt werden, ob überhaupt

eine sachliche Einigung in der Abrüstungsfrage möglich ist und ob auf der Weltwirtschaftskonferenz in London die Schuldenfrage bereinigt werden kann.

Denn davon hängen wieder alle Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz ab, einschließlich der Behandlung der Frage des deutschen Transferproblems.

Nachdem sich die Abrüstungskonferenz bis zum 26. Juni vertagt hat, hat der Präsident der Abrüstungskonferenz selbst zum Ausdruck gebracht, daß zur Fortführung der Verhandlungen nunmehr Besprechungen in London und in Paris notwendig seien. Außerdem legt der eben abgeschlossene Biermächtepakt die Entscheidung über die europäische Politik in die Hand der vier Großmächte.

### Zwischenfall

#### auf der Genfer Arbeitskonferenz.

Die Franzosen gegen die Präbilität eines Italiens.

Eine Genfer Konferenz ohne Zwischenfälle ist keine Genfer Konferenz. Daß diese Zwischenfälle durch einen Vertreter Frankreichs hervorgerufen werden, wundert uns auch nicht mehr. Also warum sollte die 17. Internationale Arbeitskonferenz, die seit Donnerstag in Genf tagt, eine Ausnahme machen.

Die Konferenz begann damit, daß nach einer Trauerkundgebung für den verstorbenen Direktor des Arbeitsamtes, Thomas, die Arbeitervertreter Frankreichs, Belgiens, Hollands und der Schweiz einen Antrag einbrachten, in dem die Konferenz ersucht wird, den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu beauftragen, unverzüglich, jedoch ohne Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse, eine Untersuchung über die Massenaußenwanderung aus Deutschland

anzustellen, um die planmäßige Unterbringung der Flüchtlinge in anderen Ländern ohne Benachteiligung der Wirtschaft dieser Staaten zu ermöglichen.

Bei der Wahl des Präsidenten der Arbeitskonferenz kam es dann zu dem fälligen Zwischenfall. Der französische Sozialistenführer Souhary sprach sich, entgegengesetzt der Wahl des von dem französischen Regierungsvorsteher vorgeschlagenen italienischen Vorkämpfers de Michelis aus. Im Gegenfall hierzu erklärte der Führer der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, daß er der Wahl de Michelis mit Freuden zustimme und die Haltung der französischen Arbeitnehmergruppe mißbillige. Auf die deutsche Erklärung rief Souhary in größter Erregung in den Saal: „Sie sind kein deutscher Arbeitervertreter, Sie sind der Kommunist des Reiches, der hier die deutsche gewerkschaftliche Vertretung auf der Konferenz zu überwachern hat.“ — de Michelis wurde dann zum Präsidenten gewählt.

### Reichsminister Dr. Frick spricht zum Rotkreuz-Tag.

Übertragung auf alle deutschen Sender.

Der Reichsminister des Innern Dr. Frick wird bei der großen Kundgebung am Rotkreuz-Tag im Berliner Lustgarten am Sonntagmittag 12 Uhr die Hauptansprache halten. Die Kundgebung im Lustgarten, der ein Umzug der Rotkreuzkolonnen unter Beteiligung der vaterländischen Verbände vorangeht und eine Kranzniederlegung am Ehrenmal folgt, wird über alle deutschen Sender übertragen werden.

### Fortwährende Wirtschaftsbelebung.

Die Auswirkung des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Der letzte Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung beschäftigt sich mit den Auswirkungen des neuen Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das kurz vor Pfingsten vom Reichskabinett verabschiedet worden ist, und beurteilt die Aussicht auf rasche Fortgang der Wirtschaftsbelebung in der Unregelmäßigkeit der Kreditmärkte und der Höhe des Zinsfußes für Langkredite.

Im einzelnen wird eine Nachfragesteigerung bei der Maschinen- und Apparateindustrie durch die gewährten Erleichterungen erwartet. Die Gewährung von Geschäftsbefähigungen wird ebenfalls eine Wirtschaftsbelebung bringen. Bis zum 1. August 1933 werden etwa 400 000 Erwerbslose für Tiefbauarbeiten eingestellt werden. Bei den Wirtschaftszweigen, die unmittelbar durch das Gesetz begünstigt werden, erwartet man zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, die zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen. Die neuangelegten Arbeitskräfte werden so wieder in den Genuß von Arbeitseinkommen kommen. Die Nachfrage nach Verbrauchsgütern wird infolgedessen zunehmen.

Es wird erwartet, daß die Ausgabe von Arbeitslosengeldleistungen bis zu 1 Milliarde RM die Lohnsumme bis zu rund 600 Millionen Reichsmark erhöhen

wird. Mit dieser Lohnsumme werden, so berechnet man, nach den gegenwärtigen Lohnverhältnissen unter Berücksichtigung der Sonderregelung für den Tiefbau 500- bis 600 000 Arbeiter auf ein Jahr beschäftigt. So für diese Arbeiten die Beschaffung von Materialien und Hilfsstoffen in Höhe von rund 400 Millionen RM bedroht wird, so deren Herstellung wiederum Lohnsummen notwendig sind, so wird angenommen, daß je fünf Arbeiter zwei weitere durch Materialverbrauch in Arbeit setzen.